

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 10 Mark, monatlich 3 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 6 und von allen Anzeigen-Epistolen angenommen. Die schlagzeilige Preisliste kostet 10 Pfennig, die Reflektierte 20 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofsjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigen-Preis für die neuangelegte Kleinzeile 50 Mark (Grundjahr). — Reklamezeile 25 Mark × Schlüsseltag 18 000 000.

Nr. 128. Postcheck-Konto: Berlin 62 448 Donnerstag, den 1. November 1923 Postcheck-Konto Berlin 62448. 22. Jahrg.

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ich verleihe hiermit nachdrücklich die Schaffung jeglicher Selbstbehelfeinrichtungen und weise unter Bezug auf meine Bekanntmachung vom 29. d. Mts. nochmals darauf hin, daß nach § 10 Allg. Landr. zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung die Polizei zuständig ist. Zuwiderhandlungen fallen unter den Erlass des Herrn Amtleiters und des Jammers vom 22. März 1923 und ziehen schwere Bestrafung nach sich.

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder. Kartoffelverforgung.

Die Gemeinde wird voraussichtlich in der Lage sein, den Winterbedarf der Einwohner an Kartoffeln sicherzustellen. Bestellungen auf Kartoffeln werden gegen Vorauszahlung von 2 Goldmark — 1 Zt. 31 Milliarden Papiermark je Zentner in der Gemeindekasse bis zum 6. November vorm. 8—12 Uhr entgegengenommen.

### Arbeitsvermittlung.

Einwohner, die Bedarf an Arbeitskräften irgend welcher Art haben, wollen sich wegen Zuweisung von solchen an den Gemeindearbeitsnachweis, Zimmer 7 des Rathauses während der Zeit von 8—12 Uhr vorm. wenden.

### Kinder in Not!

In vielen kinderreichen Familien herrscht allerschwerste Not. Viele unschuldige Kinder in empfindlichem Alter hungern. Unsere Kinder aber, die künftige Generation, sind es, auf denen unsere Hoffnung für die Zukunft unseres Volkes ruht. Darum muß alles getan werden, sie durch diese bittere Zeit hindurchzubringen. Ich richte deshalb an die Kreise der Einwohnerschaft, die es vermögen, die dringende und verzweifelte Bitte um Mithilfe bei der Fürsorge gerade für die Kinder. Wer ein warmes Mitgefühl für die Verhungerten stellen will, den bitte ich, sich so schnell wie möglich mündlich oder telefonisch mit mir in Verbindung zu setzen. Nähere Vereinbarung kann dann erfolgen.

### Steuerzahlung.

An Zahlung der 400 000 fachen Beträge der Steuerfällige von 1922, die gemäß Bekanntmachung vom 22. Oktober bis 31. Okt. zu entrichten sind, wird erinnert.

### Anordnung über Mietszuschläge.

Zu der im Briefetal-Boten Nr. 115 veröffentlichten Anordnung über Mietszuschläge werden folgende Veränderungen festgesetzt:

- Zu § 2 Absatz 1 und 2
 

170 000 000 %
400 000 000 %
15 000 000 %
9 000 000 %
d bis zur Höhe von 95 %
4 500 000 %
9 000 000 %
21 000 000 %
- Diese Anordnung tritt mit dem 1. November 1923 in Kraft.

Mit demselben Tage verlieren die durch diese Anordnung geänderten bisherigen Sätze ihre Gültigkeit. Birkenwerder, den 31. Oktober 1923.

### Gemeinsame Bekanntmachung der Gemeindevorsteher Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

- Preise für Röhren- und Dienbrand.
- bei Selbstabholung ab Lager Mk. 24,250 Milliarden.
  - bei Lieferung frei Erdgasloch oder Keller Mk. 25,250 Milliarden.
- Preise für Briquettslieferungen in Fuhrren nicht unter 30 Zentnern.
- bei Selbstabholung ab Lager Mk. 24,250 Milliarden.
  - bei Lieferung frei Erdgasloch oder Keller Mk. 25,250 Milliarden.
- Diese Preisfestsetzung tritt mit dem 30. Oktober in Kraft. Berlin, den 30. Oktober 1923. Der Kreisaußschuß des Kreises Niederbarnim. Veröffentlicht.

### Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Es sind wiederholt Klagen über verpatete Vorspannung bei Feueralarm durch die Ge'pannblätter des Kreises laut geworden. Ich habe daher Veranlassung, die Befehle von Zugführern auf die ihnen aus § 37 der Kreisfeuerpolizei- und Löschordnung vom 6. Januar 1909 erwachsende Verpflichtung, auf Erfordern Vorspann zu leisten, hinzuweisen. Die ungeläufige Vorspannung ist zur Vermeidung größerer und in den heutigen Zeiten unerträglichen Schadens, der bei verpateter Stellung der Ge'pannblätter und mithin verpateten Eintreffens der Feuerwehr auf der Brandstelle eintreten muß, unbedingt erforderlich. Berlin, den 10. Oktober 1923.

Der Landrat. Schlemminger. Veröffentlicht. Bergfelde, den 31. Oktober 1923.

Der Amtsvorsteher. J. B. Bors.

Zeit und unterstützt die Heimatzeitung

### Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Gewerbsteuerzuschläge für 1923. Die Gemeindevertretung hat am 27. d. Mts. den Gemeinde-Gewerbsteuerzuschlag für 1923 auf 700 000%, der staatlich veranlagten Gewerbesteuer für 1923 festgesetzt.

Die Gewerbesteuerpflichtigen werden hiermit aufgefordert, als Gemeinde-Gewerbsteuer für das Rechnungsjahr 1923 700 000%, oder das 700 fache des in ihrem Veranlagungsschreiben angegebenen Gemeinde-Gewerbsteuers für 1923 bis zum 10. November d. Js. an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen.

Die bereits gezahlten Beträge werden hierauf angerechnet. Nach dem 1. April d. Js. abgemeldete Betriebe haben noch für die Zeit ihres Bestehens zu zahlen. Gewerbesteuern, die bis zum 10. November 1923 nicht gezahlt sind, erhöhen sich um den rechtsgesetzlichen Zuschlag von 400% für jede angefangenen 14 Tage der Zahlungsverschöberungen.

Zahlung einer 1. Nachtragsumlage zur Grundrenten- und Gewerbesteuer für 1923. Die Gemeindevertretung hat am 27. d. Mts. die Erhebung einer 1. Nachtragsumlage in 600 facher Höhe der bisher für 1923 festgesetzten Grundrenten- und Gewerbesteuer beschlossen.

Die Steuerpflichtigen werden hiermit aufgefordert, diese Nachtragsumlage und zwar bei der Grundrenten- und Gewerbesteuer in 600 facher Höhe der in ihrem Veranlagungsschreiben für 1923 angegebenen Steuer, der bei der Gewerbesteuer in 600 facher Höhe der sich nach der heutigen Bekanntmachung ergebenden Gemeinde-Gewerbsteuer bis zum 10. November 1923 an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen.

Steuern, die bis zum 10. November 1923 nicht gezahlt sind, erhöhen sich um den rechtsgesetzlichen Zuschlag von 400% für jede angefangenen 14 Tage der Zahlungsverschöberungen. Bergfelde, den 31. Oktober 1923.

### Der Gemeindevorsteher. Graeber.

### Kurze Nachrichten.

- Die sozialdemokratische Münchener Post ist mit sofortiger Wirksamkeit bis auf weiteres vom Generalstaatskommissariat Bayr. verboten worden.
- Der Gewerkschaftsbund, die Afa und der Allg. Deutsche Beamtenbund in Dresden haben einen dreitägigen Generalstreik in Sachsen als Proteststreik beschlossen.
- Die Leitung des Niederländischen Roten Kreuzes hat die Initiative zur Bildung einer allgemeinen Kommission zur Unterstützung Notleidender in Deutschland ergriffen.
- Der Papst hat eine weitere Million Lire für die Bedürftigen in Deutschland gespendet.

### Eine sozialdemokratische Regierung in Sachsen.

Der Sächsische Landtag hielt am Dienstag abend die erste Sitzung ab. Den ganzen Tag über hatten die Fraktionen beraten. Das Ziel dieser Beratungen war die Bildung einer neuen verfassungsmäßigen Regierung ohne Kommunisten. Dieses Ziel ist nach Beilegung mancherlei Schwierigkeiten gelungen und damit ist auch das Weiterbestehen der Großen Koalition im Reiche gesichert.

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten wurden insgesamt 64 Stimmen abgegeben. 46 entfielen auf Jellisch, 18 Stimmen der Deutschen Volkspartei lauteten auf den Namen ihres Vorsitzenden.

Dem Kabinett werden noch angehören die bisherigen Minister Viehmann (Inneres), Graupe (Arbeit) und Fleißner (Volksbildung). Das Justizministerium wird neu besetzt, der frühere Richter Feld erhält die Finanzen, der Reichstagsabgeordnete Krüger das Wirtschaftsministerium.

### Sachsen unter Reichsverwaltung.

Der frühere Reichsjustizminister Dr. Heintze, der vormalige sächsische Minister war, ist zum Reichskommissar für Sachsen ernannt worden.

Wir haben mehr Konflikte im Reich, als unbedingt notwendig ist; zu dem bayerischen, der sich in den letzten Tagen äußerlich scharf zeigte, wo man aber doch hinter vielleicht allzu großen Worten auf beiden Seiten, die doch immerhin Möglichkeiten einer Verständigung sind, ist nun auch der sächsische in ein akutes Stadium getreten und wird dadurch, so merkwürdig es klingt, zur Wüßerung des bayerischen zweifelslos beitragen.

Die Wurzel des Streites zwischen Bayern und dem Reich liegt ja letzten Endes darin, daß die bayerische Regierung der Meinung ist, und diese Meinung auch von den wichtigsten bayerischen Parteien geteilt wird, die Reichsregierung habe allzu sehr unter dem sozialdemokratischen Einfluß, nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in ihrer Wir-

ksamkeit. Dabei hat es dann besonders in Bayern verschauelt, daß man in Berlin Bayern und Sachsen auf dieselbe Stufe stellte, daß sogar vielfach in maßgebenden Berliner politischen Kreisen der bayerische Fall als der schlimmere hinstellt wurde.

Die Reichsregierung hat nun durch ihr Vorgehen gegen die kommunistischen Ausschreitungen tatsächlich und rednerischer Natur in Sachen sojuzugangs das Gegenteil der bayerischen Meinung vor Augen geführt. Das Ultimatum der Reichsregierung an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigler war veranlaßt worden durch die Reden der kommunistischen Minister und durch Flugblätter gegen die Reichsregierung, die von der gesamten sächsischen kommunistischen Landtagsfraktion unterzeichnet waren, zu der auch die kommunistischen Minister gehören. Die amtliche Mitteilung darüber lautet:

Nachdem die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Wutreden an die sächsische Bevölkerung zu Sozialistischer und zur Revolution gegen die Reichsregierung aufgehetzt haben, hat der Reichsminister der sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigler aufgefordert, den Austritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt.

Die sächsische Regierung lehnte dieses auf einen Tag befristete Ultimatum ab, da kein politischer Anlaß dazu vorliege und das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig sei. Daraufhin hat die Reichsregierung den früheren Reichsjustizminister Dr. Heintze, der Deutschen Volkspartei angehörig, zum Regierungskommissar in Sachen ernannt, und außerdem ist der Reichsminister ernannt worden, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten, die sächsische Regierung oder sächsische Behörden abzusehen. Auch dadurch wird die Regierung Zeigler als nicht mehr amtierend angesehen, daß der General-Außichtsbekanntmachung, als er durch den Reichskommissar zusammenberufen wird.

Selbstverständlich wird das Vorgehen der Regierung nicht nur in Sachen bestimmte parteipolitische Wirkungen auslösen. Ob das Reichskabinett den Beschluß, die Regierung Zeigler zu befehligen, einstimmig gefaßt hat, also mit Zustimmung der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts, ist nicht klar, für die Folgen des Vorgehens nach einer Richtung hin auch gleichgültig. Denn auf alle Fälle wird innerhalb der Sozialdemokratie, und zwar nicht bloß in Sachsen, sondern auch im Reich der Gegensatz zwischen den seit einem Jahr bereit marschierenden, bis dahin feindlichen Brüdern, den früheren Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten, zweifelslos von neuem aufbrennen. Man erinnert sich daran, daß der Widerstand großer Teile der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Wiederherstellung der Großen Koalition nur durch die stärksten Zwangsmittel überwinden werden konnte. Anzuzweifeln hat sich aber unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung, des Gloriums und der Not, der Druck von links von den Kommunisten her ganz außerordentlich verstärkt, während auf der anderen Seite andere Teile der Sozialdemokratie, wie behauptet wird, unbedingt an der Großen Koalition im Reiche festhalten wollen, und auf dieser Basis auch in Sachsen eine neue Regierung zu bilden, nicht abgeneigt seien. Es fragt sich nun, wer sich in der Partei durchsetzen, ob die Partei überhaupt zusammenbleiben wird.

Und alle diese parteipolitischen Auseinandersetzungen sozialdemokratischer Art finden in einem Augenblick statt, in dem wieder einmal das Ausland über Deutschlands Schicksal die Büffel wirft. Mit dieser Feststellung ist für jeden Verständnisvollen wohl der Maßstab für die Kritik aller dieser Auseinandersetzungen gegeben. Die Parteien richten sich selbst zugrunde, wenn hier nicht etwas mehr außenpolitische Einsicht eintritt.

### Sozialdemokratische Stellungnahme.

Der Vorwärts, das Berliner sozialdemokratische Zentralorgan, bezeugt die Behauptungen, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Auflegung der sächsischen Regierung und der Ernennung eines Reichskommissars zugestimmt hätten, als vorläufige, Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vorläufigen Gewalt nahm den Standpunkt ein, daß er die Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber er teilte seinen Einfluß lokal der Reichsregierung mit. Die sozialdemokratischen Minister erklärten, daß auch sie das Ausbleiben der kommunistischen Minister in Sachsen für eine Notwendigkeit hielten, nachdem diese und ihre Landtagsfraktion zur gewaltsamen Auf-

### Der Verkauf

von Altgold, Alt Silber, goldenen Uhren und Juwelen ist Vertrauenssache. Lassen Sie sich nicht durch scheinbar hohe Preisgebote per Gramm davon abhalten. Ihre Bestände nur einem ortsanständigen Fachmann anbieten. Derselbe bietet Gewähr für reelles Gewicht u. Feingehaltsabrechnung. Uhren- und Goldwarenschaff Paul Schmitz, — — — und Juwelen, — — — Birkenwerder o Hauptstr. 40.